

STANDPUNKT

Von Roland Herold

Wenn Terroristen nicht so aussehen



Wer in den Urlaub fliegt oder auf Geschäftsreise geht, fühlt sich von peniblen Kontrollen auf den Airports rasch genervt. Schuhe an, Schuhe an, Gürtel rein, Gürtel raus, Tasche auf, Tasche zu. Da hat der Plan deutscher Flughäfen, nach israelischem Vorbild Passagiere in Risikogruppen einzuteilen, in der Tat etwas Verlockendes. Zumal sich die technische Aufrüstung nicht ins Endlose treiben lässt.

Dumm nur, wenn die Terroristen nicht so aussehen, wie sich das Flughafenbetreiber vorstellen. Wenn sie nicht im Bin-Laden-Outfit daher kommen, sondern als ältere Geschäftsmänner mit europäischen Wurzeln. Wenn sie Frauen sind oder eine Uniform tragen. Das geplante Profiling ist nicht nur diskriminierend, es birgt auch die Gefahr, dass es Kontrollen für Terroristen berechenbar macht. Absolute Sicherheit im Flugverkehr wird es niemals geben. Aber ein Geflecht aus verschiedenen, miteinander verzahnten Maßnahmen ist allemal effektiver als ein einseitiges Profiling.

@ r.herold@lvz.de

KOMMENTAR

Von Jürgen Kochinke

Schritt in die richtige Richtung



Studien haben es so an sich, dass sie auch zu weniger erfreulichen Ergebnissen führen können. Genau das ist jetzt beim Thema Schulesen in Sachsen der Fall. Auf einen kurzen Nenner gebracht, ist die Lage an den Kantinentischen eindeutig: Viel zu oft liegt Fleisch auf den Tellern unserer Sprösslinge und viel zu selten Obst und Gemüse. Das, was dort Tag für Tag vorgesetzt wird, verdient also weder den Namen ausgewogen noch vollwertig. So wenig das verwundern mag, so klar ist, dass es nicht akzeptabel ist.

Denn die Folgen liegen auf der Hand. Übergewicht, mangelnde Konzentrations- und Leistungsfähigkeit lauten die Stichworte, und all das liegt keineswegs nur an der Vorliebe für PC-Spiele und Internet. Schon allein deshalb ist es lobenswert, dass sich die Ministerien für Gesundheit und Kultus zusammengetan und die Studie finanziert haben. Denn wer etwas ändern will, muss irgendwo anfangen. Die Untersuchung ist hier ein erster Schritt.

Dabei ist längst erwiesen, dass man nicht nur Mathe und Englisch erlernen kann und muss, auch die Essgewohnheiten sind kein Zufall. Sie werden genauso trainiert und anerzogen – nicht nur zu Hause. Wo, wenn nicht in der Schule, sollte der Sinn dafür gefördert werden, dass Pizza, Pommes & Co. zwar ihre Reize haben, auf lange Sicht aber nicht nur den Geschmackssinn verlernen lassen, sondern auch den Körper.

Wie eine Ironie der Geschichte allerdings erscheint die Tatsache, dass Sachsen im selben Zug die Fördermittel für die Deutsche Gesellschaft für Ernährung (DGE) kürzt – und zwar auf Null. Denn die DGE war es, die jene Qualitätsstandards erarbeitet hat, auf denen die Studie fußt. Dass gerade diese Ernährungsberater nun Opfer des Sparkurses werden, ist schon bitter.

@ j.kochinke@lvz.de

PRESSESCHAU

Zu Michail Chodorkowski schreibt die *Stuttgarter Zeitung*: „Kaum ein Russe glaubt, dass von heimischen Gerichten Recht gesprochen wird. Im Fall Chodorkowski hat sich vor allem die Frage gestellt, wer heute die Macht im Staate innehat. Das scheint nach dem gestrigen Schuldspruch Premier Putin zu sein, der schon vor der Urteilsverkündung angekündigt hatte, den einstigen Oligarchen im Gefängnis sehen zu wollen.“

Zum gleichen Thema meint die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*: „Die Chodorkowski Prozesse symbolisieren mehr als die tagtägliche Rechtslosigkeit. Denn anders als die typischen Oligarchen, die bei der Privatisierung kommunistischen Staatseigentums reich wurden, hat Chodorkowski es gewagt, den Machthaber Putin politisch herauszufordern. Dafür vor allem muss er büßen.“

Zur besseren Patientenversorgung kommentieren die *Lübecker Nachrichten*: „Die Landtagswahlkämpfe im Frühjahr kündigen sich an. Und weil da der CDU herbe Niederlagen drohen, hat Unions-Gesundheitsexperte Spahn einen Korb voll Wohltaten für die Patienten präsentiert.“

Zum gleichen Thema befindet die *Magdeburger Volksstimme*: „Nach der Erhöhung des Beitragsatzes klingen die Forderungen nach mehr Zwei-Bett-Zimmern in Krankenhäusern und kürzeren Wartezeiten bei Ärzten wie Balsam für die Wunden. Beide Vorhaben sind jedoch nur mittelbar von der Bundespolitik zu verwirklichen.“



Liebevolle Fürsorge daheim – nur die wenigsten Pflegebedürftigen bekommen diesen Wunsch erfüllt.

Foto: dpa

Arm durch Pflege

Zahl der Demenzkranken nimmt zu – vielen Angehörigen kommt Versorgung teuer zu stehen

Leipzig. Den Sozialkassen droht eine Kostenexplosion durch den starken Anstieg der Zahl von Demenzkranken. Derzeit wird mehr als jeder dritte Bundesbürger im Laufe seines Lebens altersverwirrt und pflegebedürftig. Doch wer kommt für die Kosten auf? Schon heute leiden Ehefrauen und -männer an der finanziellen Belastung, die mit der Pflege ihrer Partner einhergeht.

Von SIMONE LISS

Ein Weichzeichner hat seine Vergangenheit übermalt. Die Spuren, die Konturen, die Trampelpfade seiner Erinnerung: verschwunden. Reiner M.* ist 57, als er das Schiff ohne Wiederkehr betritt, ins Meer des Vergessens drifft. Ein Schlaganfall bringt den motorsportbegeisterten Leipziger im Sommer 2004 aus dem Lot. Sein Wesen verändert sich in kürzester Zeit. Er wird einsilbig, sprach- und antriebslos, aggressiv, zunehmend depressiv. „Ich vergesse“, sagt er fassungslos über sich selbst und droht mit Selbstmord. Der Moment, in dem seine Frau Karin* die Reißleine zieht. Sie lässt ihren Mann zwangseinweisen. Die Diagnose des Neurologen: Vaskuläre Demenz. Das Gehirn ist aufgrund der Durchblutungsstörung irreparabel geschädigt. Was das langsame Sterben im Kopf bedeutet? Zuerst verblasen die Erinnerungen, dann verliert sich die Sprache, das logische Denken und schließlich die Bewegungsfähigkeit. „Es tut weh, wenn sich der eigene Mann nach 36 Jahren Ehe auf seinem Hochzeitstisch nicht mehr erkennt, wenn er seine Tochter wie eine Fremde behandelt und mit seinem besten Freund nichts mehr anzufangen weiß“, sagt Karin M. Sie ist einsam geworden neben dem Menschen, den sie liebt.

Reiner M. wird zum Pflegefall; seine Betreuung für die Familie zur Zerreißprobe. Mittlerweile lebt der 63-Jährige in einem Heim, mit Pflegestufe II. Die 600 Euro Rente des Mannes, der zuletzt als selbstständiger Vertreter arbeitete, decken bei weitem nicht die Pflegeheimkosten von etwa 2200 Euro im Monat. Etwa 200 Euro schießt seine Frau jeden Monat zu. Dazu kommen 300 Euro für Medikamente, Kleidung, Fuß- und Körperpflege sowie Friseur. Noch kann es sich die 55-Jährige leisten. Sie geht voll arbeiten, verdient nicht schlecht. „Aber Rücklagen kann ich schon lange nicht

mehr bilden“, sagt Karin M. Um die Kosten der Pflegeversicherung langfristig zu finanzieren, will Gesundheitsminister Philipp Rösler (FDP) im nächsten Jahr eine verpflichtende Zusatzversicherung auf den Weg bringen, mit der jeder Bürger eine Reserve für das eigene Alter ansparen soll. „Wovon?“, fragt sich Karin M.

Die Auszahlungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung reichen schon jetzt nicht, um einen Heimplatz zu bezahlen. Die Mehrheit der rund 2,37 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland bekommt Pflegestufe I, bedeutet 1023 Euro im Monat. 1279 Euro gibt es in der Pflegestufe II, 1510 Euro in der Pflegestufe III. In diesem Jahr betragen die durchschnittlichen monatlichen Heimkosten inklusive Investitionskosten in der Pflegestufe I allerdings 1600 Euro, in der Pflegestufe II 2150 Euro und in der Pflegestufe III 2690 Euro. Die monatliche Differenz zwischen Soll und Ist beträgt demnach bis zu 1180 Euro. Reichen Rente und Vermögen nicht aus, um die Pflegekosten zu zahlen, springt das Sozialamt ein. Doch die öffentlichen Kassen sind leer. Daher landet bald ein Brief beim Partner oder den Kindern, in dem sie aufgefordert werden, Einkommen und Vermögen offenzulegen.

So auch bei Kurt K.* 1166 Euro Rente stehen dem 69-jährigen Thüringer zu. 289 Euro muss er jeden Monat von Amts wegen zur Pflege seiner 68-jährigen Frau, die vor acht Jahren an Alzheimer erkrankte, zuschießen. Auch ihre Rente in Höhe von 749 Euro deckt die Kosten der Pflege in Stufe III nicht. Erschwerend kommt hinzu, dass der Ingenieur seine Frau nicht vor Ort betreuen lässt, sondern in einer spezialisierten Pflegeeinrichtung, 220 Kilometer vom Wohnort der Familie entfernt. So trägt der Rentner zudem die Kosten für die doppelte Haushaltsführung und die Fahrten. Was ihm bleibt? „200 Euro im Monat“, sagt Kurt K. Er rechnet keinen Cent auf, aber er ist verzweifelt: „Wir sind jetzt 45 Jahre verheiratet, und ich würde für meine Frau das letzte Hemd geben. Aber dass ich aufgrund ihrer Pflege verarme, verbittert mich sehr.“ Von seinen Ersparnissen sind bereits 5000 Euro aufgebraucht, die Lebensversicherung gekündigt. „Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, wann ich zum Sozialamt muss. Und dass, obwohl ich das ganze Leben gearbeitet habe.“ Mehr Augenmaß und Gerechtigkeit fordert er vom Staat: „Hartz-IV-Empfängern, die vor 1948 geboren wurden, steht ein Schonvermögen von 33 800 Euro zu, pflegenden Angehörigen nicht.“

Derzeit dämmert jeder dritte Bundesbürger im Greisenalter dahin. Die Zahl von 1,2 Millionen Demenzkranken wird sich laut Pflegereport 2010 bis 2060 auf 2,5 Millionen mehr als verdoppeln. „Auf die Sozialkassen in Deutschland rollt deshalb in den kommenden Jahren eine Kostenlawine in wöchentlich zweistelliger Milliardenhöhe zu“, sagt der Vorstandsvize der Barmer GEK, Rolf-Ulrich Schlenker. Für jedes demenzkranke Mitglied müssen die Sozialversicherungen im Durchschnitt 800 Euro Mehrausgaben im Monat einkalkulieren. Die Pflegekosten rechnen pro Demenzpatient mit Ausgaben von 550 Euro monatlich, für einen Nicht-Dementen sind es im Mittel nur 25 Euro. Würde es gelingen, die stationäre Betreuung und Pflege aller Pflegebedürftigen um nur einen Monat aufzuschieben, würde das laut einer Studie der Universität Erlangen-Nürnberg eine Kostenersparnis von 1,21 Milliarden Euro im Jahr bringen.

„Das setzt voraus, dass die pflegenden Angehörigen finanziell besser unterstützt werden“, sagt Josef Hille, Leiter der Demenzhilfe-Beratungsstelle der Alzheimer Angehörigen-Initiative Leipzig: „Demenz-erkrankungen sind vor allem eine Herausforderung für Familien der Betroffenen.“ Niemand, so Hille, wünsche sich, im Falle der Pflegebedürftigkeit nach Minimalstandard – satt, sauber und sediert – in einem Pflegeheim untergebracht zu sein. „Die zeitweilige Unterbrechung der Berufstätigkeit zur Pflege der demenzkranken Angehörigen sollte als echte Alternative zur Heimunterbringung durch Gewährung eines angemessenen Pflegegeldes, wie es in Österreich schon gang und gäbe ist, ermöglicht werden“, sagt Hille.

Kurt K. wäre für finanzielle Unterstützung dankbar. Schon heute sitzt er von früh bis spät am Bett seiner Frau und übernimmt die Arbeiten, für die eigentlich das Pflegepersonal bezahlt wird – füttern, mobilisieren, waschen, kämmen. Was wird, wenn er nicht mehr kann? „Am liebsten“, sagt Kurt K., „wäre ich gleich tot. Noch ein Pflegefall in der Familie – Gott möge es verhindern.“

* Namen geändert

Die Deutsche Alzheimer Gesellschaft betreibt ein bundesweites Alzheimertelefon: 01803 171017; Infos im Internet: www.wegweiser-demenz.de oder Alzheimer Angehörigen Initiative Leipzig, Tel.: 0341 86329906, www.demenz-leipzig.de

HINTERGRUND

Vorreiter Österreich

420 000 Menschen sind momentan in Österreich auf ständige Pflege angewiesen. Jährlich werden es mehr. Die Alpenrepublik hat sich als eines der ersten Länder dieser Herausforderung gestellt und ein einheitliches Pflegevorsorgesystem geschaffen. Im Juli 1993 ist das Bundespflegegeldgesetz in Kraft getreten und brachte eine völlige Neuordnung der Pflegevorsorge in Österreich. Das Pflegegeld trägt dazu bei, dass sich jeder Mensch möglichst nach seinen eigenen Bedürfnissen selbst Pflege organisieren kann.

Auf das Pflegegeld besteht Rechtsanspruch. Es ermöglicht den Pflegebedürftigen eine gewisse Unabhängigkeit und ermöglicht einen längeren Verbleib in gewohnter Umgebung. Das Pflegegeld wird in sieben Stufen eingeteilt. Die Einteilung in die Stufen erfolgt nach Anzahl der nötigen Stunden an Pflegebedarf im

Monat. In die 1. Stufe fällt eine Person, die mindestens 50 Stunden pro Monat Pflegebedarf hat. In Stufe 7 fallen schwerst behinderte Menschen, die nicht in der Lage sind, Arme oder Beine zielgerichtet zu bewegen. Das Pflegegeld wird zwölf Mal jährlich ausgezahlt und beträgt von monatlich etwa 155 Euro (Stufe 1) bis etwa 1656 Euro (Stufe 7). Es wird auf die Mindestdauer von sechs Monaten gewährt. Die Höhe ist nur von der Pflegestufe abhängig, nicht vom Einkommen und der Ursache der Pflegebedürftigkeit. Zusätzlich gibt es ab Pflegestufe 3 für die Betreuung in den eigenen vier Wänden eine Förderung für den pflegenden Angehörigen, abhängig vom beruflichen Status. Das Pflegegeld in Österreich ist steuerfinanziert und nicht als Versicherungsleistung mit Beitragspflicht konzipiert. sll

Kalmückien bereitet sich auf Außerirdische vor

Ex-Präsident Ilumschinow berichtet von Kontakt mit gelben Männlein



Hatte Kontakt mit Außerirdischen: Kalmückiens Ex-Präsident Ilumschinow.

jetzt viele an den Himmel gewandt: „Kirsan ist nicht da! Fliegt zu Fide nach Moskau!“. Bald wird sich zeigen,

ob sie erhört wurden. Ilumschinow will seine Vorhersage aus erster Hand bekommen haben – und zwar von Außerirdischen selbst. Im Mai erzählte er in einer Sendung des zentralen russischen Fernsehens, wie er 1997 von ihnen entführt und wieder zurückgebracht wurde. An einem Samstagabend sei er in seiner Moskauer Wohnung am Einschlafen gewesen und habe plötzlich eine Stimme vernommen, die ihn beim Namen rief. Er trat auf den Balkon, sah einen durchsichtigen Rohrtunnel und ging furchtlos hinein.

Die sprichwörtlichen grünen Männlein hätten sich als gelb erwiesen, berichtete Ilumschinow. Der Austausch zwischen zwei Welten habe auf gedanklicher Ebene stattgefunden, „weil der Sauerstoff etwas knapp war“. Sie seien losgeflogen und kurz auf einem anderen Planeten gelandet, wo sie „etwas zugeladen“ hätten. Dann sei er auf seinem Moskauer Balkon wieder abgesetzt worden. Er hätte seine Erlebnisse auch weiterhin für sich behalten, nun

aber rücke der Termin für einen breiteren Kontakt immer näher und er hielt es für seine Pflicht, die Menschheit zu warnen.

Einige Experten meinen, dass Ilumschinows Bericht seine Absetzung vom Präsidentenposten der autonomen Enklave beschleunigte. Ein Spinner als Republikchef sei dem Kreml zu abenteuerrich gewesen. Andere glauben, dass er sowieso längst absetzungsreif war. Präsident Dmitri Medwedew und Regierungschef Wladimir Putin hätten bereits solche aus den 1990er Jahren stammenden politischen Schwergewichte wie den tatarischen Präsidenten Mentimer Schaimijew und den Baschkiren Murtaza Rachimow in die Wüste geschickt. Die Beseitigung Ilumschinows und des Moskauer Oberbürgermeisters Juri Luschkow habe diesen Rundumschlag abgeschlossen.

Wie auch immer: Ilumschinow hat sich als schlauer Spinner erwiesen. Berichten zufolge machte er seine Wiederwahl als Fide-Chef zur Bedingung für seinen Rücktritt in

Terrorabwehr
Selektion
von
Flugpassagieren

Berlin. Es ist ein heftig umstrittener Vorschlag im Kampf gegen den Terrorismus im Luftverkehr: Bekannte Vielflieger, über die ausreichend Daten vorliegen, werden weniger kontrolliert. Passagiere, von denen dagegen kaum etwas bekannt ist, werden am Flughafen genauer unter die Lupe genommen. Der designierte Präsident des Deutschen Flughafenverbandes ADV, Christoph Blume, findet, dass man über eine solche Unterteilung von Passagieren in Risikogruppen auch in Deutschland nachdenken sollte. Allerdings stößt das sogenannte Profiling nach israelischem Vorbild hierzulande auf große Kritik.

Blume begründet seinen Vorschlag mit einem Dilemma: Wenn die Sicherheitsbehörden technisch aufrüsten, tun das auch Kriminelle und Terroristen. „Jeder neue Vorrat führt zu weiteren Kontrollen und Sicherheitsmaßnahmen“, sagte Blume der Rheinischen Post. „So entsteht eine Sicherheitsspirale der technischen Aufrüstung, die irgendwann ihre technischen und operativen Grenzen erreicht.“

Und diese Sicherheitsspirale ist teuer – das wissen auch die Terroristen: Das Netzwerk El Kaida hatte nach zwei aus dem Jemen abgeschickten und dann im Frachtverkehr abgefangenen Paketbomben erklärt, mit einer „Strategie der 1000 Schritte“ den Westen in den Ruin treiben zu wollen. Die Paketbombe-Aktion habe nur 4200 Dollar gekostet – sie werde den Westen aber dazu bringen, „einige Milliarden Dollar“ für neue Sicherheitsmaßnahmen auszugeben.

So mancher bringt deshalb das Profiling ins Gespräch. „Auf diese Weise können die Kontrollsysteme zum Wohle aller Beteiligten effektiver eingesetzt werden“, meint Blume, der Chef des Düsseldorfer Flughafens. Auch der Präsident der internationalen Luftfahrtorganisation IATA, Giovanni Bisignani, hatte Mitte Dezember vorgeschlagen, Profile von Passagieren zu erstellen und die Fluggäste in bekannte, normale und potenziell gefährliche Fluggäste einzuteilen. Bei der Sicherheitskontrolle sollten sie durch drei verschiedene Sicherheitstunnel geschleust werden.

Kritiker führen im Wesentlichen drei Gründe dafür an, dass das in Israel praktizierte Profiling für Deutschland nicht infrage kommt. Zum einen sind israelische Flughäfen keine großen, internationalen Drehscheiben im Flugverkehr. Die Passagierzahlen sind deutlich geringer als zum Beispiel in Frankfurt am Main, wo im vergangenen Jahr rund 50 Millionen Passagiere gestartet, gelandet oder umgestiegen sind.

Zum zweiten gilt Israel als ein vergleichsweise kleines Land mit relativ klar auszumachenden Feinden. Das Profiling ist Teil eines umfassenden Sicherheitssystems, das über Jahre hinweg entwickelt wurde. Die ersten Kontrollen beginnen schon an der Zufahrt zum Flughafen. Zum Profiling gehört auch, dass Sicherheitskräfte gezielt Passagiere ansprechen, verdächtiges Verhalten registrieren und widersprüchliche Aussagen hinterfragen.

Zum dritten bezweifeln Politiker parteiübergreifend, dass Profiling in Deutschland akzeptiert würde. „Jeder Passagier wird fragen: Wie kommen Sie dazu, mich anders zu behandeln als andere Passagiere“, wirft zum Beispiel der Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU), ein. „Ich kann mir nicht vorstellen, wie das ohne Ärger funktionieren soll.“ Es bestehe die Gefahr der Diskriminierung. Bettina Grachtrup



Christoph Blume



Wolfgang Bosbach

Ein Video mit den Aussagen des Ex-Präsidenten von Kalmückien, Kirsan Ilumschinow: www.lvz-online.de